

SOZIALES

Enttäuschendes Landesgleichstellungsgesetz**SoVD Niedersachsen fordert Nachbesserungen**

Der im Januar dem niedersächsischen Landeskabinett vorgelegte Gesetzentwurf zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung enthält erhebliche Lücken. „Wenn dieser Entwurf tatsächlich verabschiedet wird, bekäme Niedersachsen ein völlig unzureichendes Gleichstellungsgesetz, das weit hinter dem Erwartungen zurückbleibt“, sagte SoVD-Landesvorsitzender Adolf Bauer. Statt dessen erhielt das Land damit eine Gesetzesgrundlage, die löchrig wie ein Schweizer Käse sei. „Vor allem fehlen verbindliche

Vorschriften zur Barrierefreiheit in den Gemeinden, Städten und Landkreisen. Barrierefreie Zugänge zu Landesbehörden und Verwaltungen reichen keineswegs aus“, konkretisierte Bauer die Forderungen des SoVD. Zudem mahnte Bauer die Aufnahme der Verbandsklage in das Gesetz an.

Darüber hinaus unterstützt der SoVD Niedersachsen vorbehaltlos die Position des Landesbehindertenbeauftragten Karl Finke, der den Gesetzentwurf von Sozialministerin Mechthild Ross-Luttmann

(CDU) aus ähnlichen Gründen nicht mitgezeichnet hatte. Im Rahmen der Anhörung wird der SoVD Niedersachsen seine Vorschläge, die den Fraktionen des Niedersächsischen Landtags bereits bekannt gemacht wurden, nochmals sehr deutlich aufzeigen.

Wie sagte unser Ministerpräsident doch gleich in seiner Regierungserklärung schon im Jahr 2003: „Mutig und entschlossen Niedersachsen voranbringen“.

Das gilt hoffentlich auch im Falle des Landesgleichstellungsgesetzes.

Für den SoVD Niedersachsen bei der EU in Brüssel**19-jährige Henrike Hillmer vertritt integ-Jugend**

Anlässlich des europäischen und internationalen Tages der Menschen mit Behinderung fand Ende vergangenen Jahres eine Konferenz der europäischen Kommission mit dem Titel „Jugend = Zukunft: lasst uns eine Gleiche für alle schaffen“ in Brüssel statt. Als Vertreterin der integ-Jugend im SoVD Niedersachsen nahm die 19-Jährige Henrike Hillmer aus Langenbrügge bei Uelzen teil.

Die Tagung sollte dazu beitragen, einen Überblick über die Situation behinderter Jugendlicher in der EU zu schaffen. Zugleich wurden wichtige Themen in Bezug auf das Leben mit Behinderungen von den geladenen Betroffenen aus der ganzen EU diskutiert. Am ersten Konferenztag gab es zwei Plenarsitzungen zu den

Dieses Angebot stieß auf rege Beteiligung: Es wurden Lebenssituationen aus verschiedenen Ländern geschildert, besprochen und Lösungsansätze formuliert. Dabei baten die Jugendlichen auch um politische Unterstützung für ihre Lebenssituationen. Es stellte sich heraus, dass sich Alltagsbedingungen in der gesamten EU oft stark ähneln und die Europäische Kommission von sehr vielen alltäglichen Schwierigkeiten bis dahin keine Kenntnis hatte. Genau dieser Problematik konnte die Konferenz abhelfen - spezifische Schwierigkeiten wurden besprochen und persönliche Bedürfnisse geltend gemacht.

So kommt zum Beispiel die frühkindliche Aufklärung über Behinderungen in Kin-

seitigung dieses Umstands. Auch wurden weitere Probleme in der europäischen Gesellschaft diskutiert, zum Beispiel wurde ein Gütesiegel für behindertengerechte Dienstleistungen angedacht.

Auch Henrike brachte einen Diskussionspunkt ein, von dessen Auswirkungen sie selbst betroffen ist. Die 19-Jährige hat einen angehenden Behindertenbegleithund und starke Schwierigkeiten bei der Anerkennung und Finanzierung seiner Ausbildung. Im Gespräch bekam sie viel Feedback von den anderen Teilnehmenden sowie von den Vertretern der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments. Es zeigte sich, dass beispielsweise in Spanien und England eine viel aufgeschlossener Einstellung gegenüber Behindertenbegleithunden und Blindenführhunden besteht. Nach Hillmers Beitrag wird inzwischen intensiver an einer europaweiten Gleichstellung dieser hilfreichen Tiere gearbeitet. „Insgesamt gab es einen sehr positiven Abschluss, der auch schriftlich festgehalten wurde“, sagte die zufriedene Langenbrüggerin zum Ende der Konferenz, da die Kommission für Jugend und das europäische Behindertenforum sich zu einer engeren Zusammenarbeit entschlossen hätten.

Die gesammelten Ergebnisse wurden überdies in einem Bericht an die UNO weitergegeben. Und auch die integ wird sich weiterhin mit diesem Themenkreis befassen und sich in die europäische Jugendpolitik einbringen.



Henrike Hillmer (rechts) mit ihrer Mutter Christine in Brüssel.

Themen „Du in der Gesellschaft“ und „Du in der EU“ mit anschließenden Plenardebatten, bei der alle 260 Zuhörenden mitreden konnten.

dergärten in allen EU-Staaten offenbar zu kurz. Seit der Konferenz beschäftigen sich nun Ausschüsse des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission mit der Be-

Integ-Seminar „Sozialpolitik mal anders!“**Seminar vom 16. bis 18. Februar hat noch Plätze frei**

Spätentschlossene haben noch die Chance, am integ-Seminar „Sozialpolitik mal anders!“ teilzunehmen.

Dr. Max Matthiesen, Mitglied des Niedersächsischen Landtags, wird als Referent zu Gast sein und die Arbeit des Sozialpolitischen Ausschusses im Landesparlament vorstellen. Im Anschluss steht er den Teilnehmerinnen und Teilnehmern für sozial- und behindertenpo-

litische Fragen zur Verfügung.

In Arbeitsgruppen haben diese dann die Möglichkeit, sich auszutauschen und sich gemeinsamen Aufgaben sowie verschiedenen sozialpolitischen Themen zu widmen. Jeder kann sich aktiv einbringen! Natürlich hat die integ-Jugend Niedersachsen darüber hinaus ein nichtpolitisches Programm für die Abendstunden vorbereitet, das für alle et-

was bietet.

Das Wochenendseminar findet vom 16. bis 18. Februar in der Jugendherberge Hannover statt und steht allen interessierten Jugendlichen offen. Neugierig geworden?

Weitere Informationen und Anmeldeformulare gibt es bei der integ Niedersachsen, Jugendreferat, Cornelia Dieter, Tel.: 0511 / 7014893 oder per E-Mail: integ@sovnd-nds.de.

Seminarkalender für unser Ehren- und Hauptamt**Aus- und Weiterbildungsteam: Jetzt ist es soweit!**

Dieser Seminarkalender enthält die Aus- und Weiterbildungstermine im ersten Halbjahr 2007. Das Aus- und Weiterbildungsteam (AWT) hat sich auf die Fahnen geschrieben, den ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitern



des SoVD eine qualifizierte Weiterbildung für ihre Arbeit im Verband zu ermöglichen. Die Seminare werden in der Regel als Tages-, Mehrtages- oder Wochenendseminare organisiert und sowohl von externen als auch internen Referenten geleitet.

Im Februar finden unter anderem Tutorsoft-Seminare statt, in denen sich Kreischatzmeister /-innen und Ortsverbandskassierer/-innen mit dem Vereinbuchhaltungs-

programm vertraut machen, beziehungsweise ihre Kenntnisse vertiefen können. Weiterhin auf dem Programm steht wiederum der bereits zweimal erfolgreich durchgeführte Kurs „Öffentlichkeitsarbeit für Einsteiger“. Hierbei können sich alle Interessierten mit den Grundlagen der Pressarbeit vertraut machen und Wege kennenlernen, wie sie Themen und Veranstaltungen des SoVD in die Öffentlichkeit bringen können. Das Seminar „Stressbewältigung für Haupt- und Ehrenamtliche“ soll den Teilnehmenden über verschiedene Entspannungsmethoden helfen, ihren vielfältigen Anforderungen in Beruf und Alltag besser gerecht zu werden.

Allen Orts- und Kreisverbänden wurde das Programm bereits per Post zugestellt. Weitere Seminarkalender sind über die Orts- und Kreisverbände, die Landesgeschäftsstelle sowie über die Internetseite www.sovd-nds.de erhältlich. Anmeldungen werden per Post, Fax oder über ein auf der Homepage hinterlegtes Onlineformular entgegen genommen.

Fragen an das Aus- und Weiterbildungsteam können telefonisch unter 0511-701 480 oder per E-Mail (weiterbildung@sovnd-nds.de) gestellt werden.

Fortsetzung von Seite 5**Anhörung des SoVD im Landtag**

Am 11. Januar ist es vor der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderung an ein zukunftsfähiges Niedersachsen“ des Niedersächsischen Landtages zur Anhörung des SoVD Niedersachsen gekommen. Hier einige zentrale Aussagen:

Aufgrund der höheren Lebenserwartung gibt es erstmals eine Generation, die nach der Familienphase und nach dem Erwerbsleben einen eigenständigen Lebensabschnitt hat, den sie bei relativer Gesundheit aktiv, vital und selbständig gestaltet. Die Fähigkeiten älterer Menschen sind erkennbar größer geworden.

Andererseits geht mit einer höheren Lebenserwartung eine Zunahme chronisch kranker und mehrfach erkrankter Menschen einher. Genannt seien Altersdiabetes, Krebs, Schlaganfall, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und vor allem Demenz und depressive Erkrankungen.

Neben einem veränderten Bild des Alters sehen wir Handlungsbedarf bei der Gesundheitsversorgung, insbesondere der Rehabilitation und Pflege, und in der Unterstützung im Vorfeld und Umfeld einer Pflegebedürftigkeit, um insbesondere den Umzug in eine stationäre Pflegeeinrichtung so lange wie möglich hinauszuzögern.

Es gibt nach wie vor eine deutliche Diskrepanz zwischen den Vorstellungen von

„dem“ Alter und den tatsächlichen Lebensformen, Verhaltensweisen und Einstellungen vieler Älterer. Ein sozialer Wandel vollzieht sich innerhalb der älteren Generation. Neue Altengenerationen wachsen nach mit anderen biografischen Erfahrungen und daraus resultierenden veränderten Einstellungen und Erwartungen an die nachberufliche Lebensphase.

Dennoch dominieren in weiten Teilen der Gesellschaft eher negativ geprägte Vorstellungen vom Alter. Die in den Medien transportierten Bilder sind häufig stereotyp und polarisierend. Ältere werden entweder als hilfe- und pflegebedürftig dargestellt oder als gut situierte Egoisten, für die Freizeitgestaltung und Konsum im Vordergrund stehen.

Es gibt inzwischen eine große Zahl von Modellvorhaben und Forschungsprojekten, die sich mit der Frage der Versorgung älterer und alter Menschen in der Zukunft beschäftigen und die für die Dauer des Projektes Angebote zur Verfügung stellen.

Außerdem liegen viele Erkenntnisse aus abgeschlossenen oder noch laufenden Modellvorhaben bereits vor. Modelle erreichen aber immer nur einen kleinen, privilegierten Personenkreis. Notwendig ist deshalb die Bereitschaft, mit dem Aufbau dauerhafter Versorgungsstrukturen zu beginnen. Dafür brauchen wir Ideen für die Finanzierung und den politischen Willen zur Umsetzung. Die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Einrichtung einer flächendeckenden Pflegeberatung wäre ein erster, wichtiger Schritt in Niedersachsen.